

EDITORIAL



❖ Im Juni 1956 erschien die erste Ausgabe der *Politischen Meinung*. Nachdem wir unseren fünfzigsten Geburtstag zunächst im Mai feiern und die Maiausgabe unserem Jubiläum widmen wollten, mussten wir aus organisatorischen Gründen die Geburtstagsfeier auf den Herbst verlegen. Wir werden deshalb in der Juniausgabe der *Politischen Meinung* an die Gründung, an die Gründungsväter, an die leitenden Redakteure und an die Entwicklung unserer Zeitschrift erinnern, begleitet von Beiträgen, die sich mit den Funktionen von politischen Zeitschriften für den politischen Diskurs in unserem Land beschäftigen.

Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes ist die Rolle von Kultur und Religion im Zeitalter der Globalisierung. Die Redaktion geht bei der Auswahl der Beiträge von der Beobachtung aus, dass die kirchlichen Großereignisse des vergangenen Jahres wie das Sterben und der Tod des polnischen Papstes, die Wahl des deutschen Papstes, das Weltjugendtreffen in Köln und die Einweihung der Frauenkirche in Dresden die christliche Religion auf der politischen Tagesordnung deutlich nach vorn gerückt haben.

In der Wissenschaft wird schon von einer Desäkularisierung gesprochen. Tatsächlich sind die Zahlen der Kirchenaustritte rückläufig, die Zahlen der Wiedereintritte steigen. Immer häufiger wird die Frage diskutiert, ob die Säkularisierung ein Mythos der Moderne ist, ob sich nicht jene Geister wie Karl Marx, Friedrich Nietzsche und Max Weber irrten, wenn sie aus der „Entzauberung der Welt“ den Schluss zogen, die Religion werde absterben.

Das eklatanteste Gegenbeispiel liefern mit ihrem blühenden Religionsleben die Vereinigten Staaten, denen Modernität zweifelsfrei nicht abgesprochen werden kann.

In diesem Jahr hat der weltweite Streit um die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung gezeigt, wie massiv die muslimische Welt auf die Verletzung ihrer religiösen Gefühle reagiert und wie schwer es dem „Westen“ fällt, für seine Überzeugungen von Meinungs- und Pressefreiheit einzutreten.

Die Schärfe dieser Debatte mischte sich mit der weltweiten Resonanz auf ein drohendes Todesurteil gegen einen Afghanen, der in Deutschland zum Christentum übergetreten war und von seinem Vater deshalb vor ein Gericht gezerrt wurde. Auch wenn das Todesurteil abgewendet wurde und der Konvertit nach Italien ausreisen durfte, haben diese Vorgänge in Europa Ängste ausgelöst, die nach einer neuen „Verständigung über die Neugestaltung des Verhältnisses der Weltreligionen“ (Eugen Biser) rufen.

Die Länder Europas streben nach Toleranz und Respekt der individuellen Religionsfreiheit. Der Druck zur Privatisierung der Religion, die in Europa zu einem nicht hinterfragten Merkmal der Selbstdefinition der modernen Gesellschaft geworden ist, bereitet den Europäern große Schwierigkeiten, die legitime Rolle der Religion im öffentlichen Leben und in der Organisierung und Mobilisierung von Gruppenidentitäten anzuerkennen. Muslimisch organisierte kollektive Identitäten und ihre öffentlichen Repräsentationen werden zu einer Quelle der Angst. Sie wird erzeugt nicht nur wegen ihrer Andersartigkeit als einer nicht-christlichen außereuropäischen Religion, sondern vor allem wegen ihrer Religiosität als solcher, denn sie liegt quer zur europäischen Säkularisierung (José Casanova). ❖

Wolfgang Beigdon